

Baugrube Lehrerseminar – HPSA-BB – Fachhochschule Nordwestschweiz

Der Berufsverband der Lehrerschaft hat ein elementares Interesse an der Erhaltung einer hoch stehenden Berufsausbildung. Er fordert deshalb eine umfassende Mitsprache bei der Entwicklung neuer Ausbildungs- und Weiterbildungskonzepte.

Von Doris Boscardin, Geschäftsleitung LVB, Ressort Publikationen und Pädagogik

Der Weg vom Lehrerinnen- und Lehrerseminar zur Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) war lang und steinig. Anfang September ist mit der feierlichen Eröffnung der neuen HPSA-BB immerhin ein Meilenstein erreicht worden. Endlich hat sie sich vom virtuellen Zustand zur Realität entwickelt. Doch hat auch diese Realität einen provisorischen Charakter, da bald die nächste Fusion – die allfällige Eingliederung in die Fachhochschule Nordwestschweiz - ins Haus stehen könnte. Ende August ist die Vernehmlassung zur Errichtung und Führung der neuen Fachhochschule Nordwestschweiz abgeschlossen worden. Im optimalen Fall, d.h. wenn die Parlamentsentscheide noch in der ersten Hälfte 2005 fallen und das Referendum nicht ergriffen wird, ist der Start der neuen Institution, in die die HPSA-BB integriert würde, per Anfang 2006 möglich. Eine gewisse Vereinheitlichung der Lehrerausbildung ist sicher positiv. Die beiden Basel können sich eine Splendid Isolation schlicht nicht leisten, auch wenn der Zeitpunkt einer erneuten Fusion für sie eigentlich zu früh kommt. Diejenige der HPSA-BB ist bekanntlich noch nicht wirklich abgeschlossen. Die beiden Abteilungen - Pädagogik und Soziale Arbeit – müssen noch zusammenwachsen. Zudem fehlt noch immer ein gemeinsamer Standort, und Lohn- und Anstellungsfragen sind ebenfalls noch nicht geklärt. Dieser Dauerzustand der „dynamischen Planung“ erfordert von allen Beteiligten einiges an Stehvermögen.

Die Rolle der Fachhochschulen (FH)

Die Entwicklung der Fachhochschulen ist derzeit die wichtigste bildungspolitische Reform in der Schweiz. Seit 1998 bilden sie die dritte Säule des Schweizer Hochschulsystems neben den kantonalen Universitäten und den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH).

Die bisherigen Höheren Fachschulen (HTL, HWV, Höhere Schulen für Gestaltung usw.) werden in Fachhochschulen überführt mit dem Ziel, deren Studiengänge auf nationaler und internationaler Ebene aufzuwerten und insbesondere auch die Anerkennung der Diplome im Ausland sicherzustellen. Verteilt auf sieben Regionen werden bislang insgesamt rund 250 Studiengänge angeboten. Einzelne Bereiche wie Technik, Wirtschaft und Gestaltung werden dabei vom Bund koordiniert, während andere Studienrichtungen wie Soziale Arbeit, Gesundheit und Musik mit den kantonalen Verwaltungen ihres Standorts geregelt werden.

Die Pädagogischen Hochschulen

Noch in einer Phase des Aufbaus stehen die Pädagogischen Hochschulen. Rund zehn dieser Institutionen werden die ehemaligen Lehrerseminare ersetzen. Da seit 2002 die Ausbildung der Lehrpersonen gesamtschweizerisch geregelt ist, ist die Berufsqualifikation nicht mehr wie früher an eine bestimmte kantonale Ausbildung gekoppelt. Trotzdem muss nach wie vor ein Bezug zwischen dem Ausbildungsangebot und der jeweiligen kantonalen Bildungspolitik bestehen.

Die FH und ihr vierfacher Leistungsauftrag

Die FH vertreten im Gegensatz zur an der Grundlagenforschung orientierten Universität oder zur ETH ein Ausbildungskonzept, das sich durch eine gewisse Nähe zum Berufsleben auszeichnet. Weiter sind den FH eine Forschung angegliedert, die sich explizit auf anwendungsorientierte Fragestellungen konzentriert, und ein Dienstleistungsbetrieb, der für öffentliche Zwecke genutzt werden kann. Die Fachhochschulen haben also einen vierfachen Leistungsauftrag: Neben den Diplomstudiengängen sowie Leistungen in anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung bieten sie Weiterbildungen und Dienstleistungen für Dritte an.

Entwicklung in der Nordwestschweiz

In der Nordwestschweiz werden zurzeit insgesamt sechs Institutionen auf Fachhochschulniveau geführt:

- die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel;
- die FH beider Basel (mit den Fachbereichen Technik, Bau, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst);
- die Musikakademie in Basel;
- die FH Aargau (mit den Fachbereichen Technik, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst, Soziale Arbeit und Pädagogik);
- die FH Solothurn (mit den Fachbereichen Technik, Wirtschaft, Soziales) sowie
- die Pädagogische Fachhochschule Solothurn.

Nicht nur in unserer Region, sondern in der ganzen Schweiz müssen die Fachhochschulen die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung weiter aufbauen und die stark steigenden Studierendenzahlen sowie einen wachsenden Kosten- und Effizienzdruck bewältigen. Bis 2008 müssen sie ausserdem ihr gesamtes bisheriges Studiensystem auf die neuen Studienstufen Bachelor (3 Jahre) und Master (1,5 bis 2 Jahre) umstellen.

Mit der Schaffung einer FH Nordwestschweiz (FHNW) soll die notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und die Erfüllung der Auflagen des Bundes geschaffen werden.

Das Fusionsmodell der neuen FHNW

Für eine fusionierte Institution Nordwestschweiz spricht, dass sie dank der Konzentration der Kräfte mehr Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung und eine bessere Positionierung auf dem Markt eröffnen kann. Hauptpunkte des Fusionsmodells sind:

- Die Partnerkantone führen zusammen die FHNW als Ganzes.
- Die FHNW umfasst alle bisher in der Nordwestschweiz auf Fachhochschulniveau geführten Fachbereiche.
- Die FHNW bleibt an allen bisherigen Standorten markant präsent.
- Die FHNW besitzt eine einheitliche strategische und operative Führung.
- Die Kantonsparlamente steuern die FHNW durch einen mehrjährigen Leistungsauftrag mit entsprechenden Globalbeiträgen.

Zustimmung mit Vorbehalten

Als Berufsverband befürworten wir die Grundrichtung des Fusionsmodells. Eine *conditio sine qua non* ist insbesondere der letztgenannte Hauptpunkt, d.h. die Steuerung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget. Doch orten wir auch nicht ganz unerhebliche Knackpunkte, weshalb unsere grundsätzliche Zustimmung zum Modell an Vorbehalte geknüpft bleiben muss. Insbesondere im Bereich Pädagogik sind noch einige Fragen offen. Für ein Gelingen des Projekts ist die Lösung dieser Probleme unabdinglich. Dabei müssen auch die Interessen der Arbeitnehmer in allen entscheidenden Gremien angemessen vertreten sein.

Knackpunkte

Die Reihe der Knackpunkte und zu klärenden Fragen ist lang:

- Da die **vier Parlamente** die Oberaufsicht über die FH haben und ihre Entwicklung steuern, kommen Beschlüsse nur zu Stande, wenn ihnen alle Parlamente zustimmen...Hier besteht die reelle Gefahr, dass die Politik über ein regionales Hickhack nicht hinauskommt.
- Die **Standortfrage** der Fachbereiche sollte nicht wie vorgesehen durch die Parlamente, sondern durch den Fachhochschulrat geregelt werden, da er schulnäher ist und we-

niger auf die Partikularinteressen der beteiligten Kantone Rücksicht nehmen muss.

- Ein Preis für die vorgesehene Standortbewahrung ist die komplizierte, schwerfällige **Führungsstruktur** der Grossinstitution, umso mehr, als vier Kantonsparlamente mitreden.

- Im Fusionsmodell ist vorgesehen, dass die FHNW alle bisher in der Nordwestschweiz auf Fachhochschulniveau geführten Fachbereiche umfassen soll. Nun hält sich aber **Solothurn** die Option offen, seine **Pädagogik** eventuell erst später oder gar nicht in die FHNW einzubringen. In diesem Fall würde der Fachbereich Pädagogik der FHNW nur von den Kantonen AG, BL und BS geführt und finanziert. Ist ein solches Ausscheren für die anderen beteiligten Kantone akzeptabel?

- Als Berufsverband ist es uns ein zentrales Anliegen, dass **die Arbeits- und Anstellungsbedingungen für die Dozierenden** sich nicht verschlechtern. Für die Ausgestaltung der Arbeitsverträge ist aber unter anderem vorgesehen, dass nur gerade die Minimalansprüche nach Obligationenrecht einzuhalten sind, was für die Arbeitnehmer eine deutliche, nicht hinnehmbare Verschlechterung darstellt. Solche Probleme müssen diesmal schon vor der Fusion geklärt sein. Es soll nicht nochmals zu den selben Unklarheiten wie bei der Fusion der HPSA-BB kommen.

- Das Fusionsmodell sieht neu eine **Leistungslohnkomponente** vor, was wir nicht befürworten können, da die Pädagogik ihr Angebot v. a. an öffentliche Institutionen richtet, die ihrerseits unter Spardruck stehen. Wir stehen für ein transparentes Lohnsystem ein.

- Die vorgesehene **Pensionskassenlösung** ist aus Arbeitnehmersicht unbefriedigend. Die NWCH-Regierungen als Arbeitgeber haben eine Wahl einer Vorsorgeeinrichtung vorgenommen, ohne die Arbeitnehmer an der Entscheidung zu beteiligen und ihr Einverständnis zu haben. Dies geht nach geltendem BVG Art. 11 so nicht. Wir fordern mit Nachdruck eine Beteiligung an diesem Entscheidungsprozess.

Der Entscheid zugunsten der Aargauischen Pensionskasse wird damit begründet, dass sie für die Kantone die kostengünstigste sei. Es stellt sich die Frage, ob sie auch für die

Arbeitnehmer die „günstigste“, d.h. die bestmögliche ist, und nach welchen Kriterien die Kassen verglichen wurden.

- Es ist vorgesehen, dass die an der FH Mitarbeitenden einen Anspruch auf angemessene Information und Mitwirkung haben. Das genügt aber nicht. Sie sollen auch **mitbestimmen** können. Wir fordern deshalb ihre angemessene Vertretung in allen relevanten Gremien, insbesondere sollen sie neben Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur auch dem Fachhochschulrat angehören.

- Trotz der angestrebten Vereinheitlichung müssen das Ausbildungsangebot, die Weiterbildungen und Dienstleistungen auch in Zukunft die bestehenden unterschiedlichen **kantonalen Schulsysteme** berücksichtigen und den **Praxisbezug** gewährleisten.

- Auch wenn standortübergreifend nach Fachbereichen gegliedert werden soll, ist eine enge **Zusammenarbeit** zwischen den einzelnen Fachbereichen, wie sie z.B. an der heutigen HPSA-BB zwischen **Pädagogik und Sozialer Arbeit** praktiziert wird, weiterhin zu ermöglichen.

- Es ist zu begrüßen, dass die Fachhochschule neu einen **Weiterbildungsauftrag** hat und ihn für diejenigen Schulstufen wahrnimmt, für deren Grundausbildung sie auch besorgt ist. Eine kantonale Anbindung muss aber trotzdem gewährleistet bleiben. Für alle Stufen ist vermehrt der Schwerpunkt auf die Erhaltung nicht nur des pädagogischen, sondern auch des fachwissenschaftlichen Know-hows zu legen. Für die Stufen Sek. I und II, deren fachwissenschaftliche Grundausbildung von der Universität wahrgenommen wird, kann eine unabhängiger, sich durch eine schlankere Verwaltung auszeichnende Koordinationsstelle (wie z. B. die heutige kantonale Fachstelle für Erwachsenenbildung in Muttenz) vorteilhafter sein.

Der Berufsverband ist nicht nur bei der Erarbeitung der neuen Ausbildungskonzepte, sondern ebenso bei der Erarbeitung der neuen Weiterbildungskonzepte einzubeziehen.

- Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei der **Weiterbildung Pädagogik ein Kostendeckungsgrad von 100 %** angestrebt wird, bei der Sozialen Arbeit hingegen nur ein solcher von 60 %. Für die Pädagogik bedeutet dies, dass sie mit ihren (teuren) Dienstleistungen am Markt nicht konkurrenzfähig ist. Es geht nicht an, dass die Kantone ihre Wei-

terbildung – da zu teuer - nicht an der FH einkaufen oder Lehrpersonen ihre Weiterbildung (zu der sie ja verpflichtet sind) selber finanzieren müssen.

- Neben dem Königsweg über die **gymnasiale Maturität** muss der Zugang zur FH über eine an einer Diplommittelschule erworbene **Fachmaturität** weiterhin gewährleistet bleiben.

- Zwischen den verschiedenen Abteilungen an der Fachhochschule bestehen grosse Unterschiede betr. ihre finanziellen Voraussetzungen bzw. **Forschungsmittel**. Das Departement Pädagogik muss noch sehr viel Aufbauarbeit leisten. Im Departement Soziale Arbeit sieht die Situation etwas besser aus. Technik und Wirtschaft sind hingegen bereits hervorragend ausgestattet. Diese Unterschiede zwischen den Departementen müssen aufgefangen bzw. ausgeglichen werden.

- Last but not least: Die Grossinstitution soll mehr Studierende und mehr Geld für die Forschung haben, gleichzeitig aber weniger von den Trägerkantonen und vom Bund unterstützt werden.

Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Arbeitnehmer-Interessen angemessen vertreten

Die Weichen für die zukünftige Ausrichtung der Fachhochschule Nordwestschweiz sind gestellt. Es geht nun darum, die noch offenen Fragen mit der nötigen Ernsthaftigkeit anzupacken. Als Berufsverband bieten wir Hand bei der Lösung der noch anstehenden Probleme. Dazu braucht es eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in allen entscheidenden Gremien.